

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Geflatter und Gegacker wie auf dem Hühnerhof sieht Dr. Klaus Hänach MdEP in der Europapolitik der Union.

Seite 1

Der Friedensprozeß im Nahen Osten darf nicht den Extremisten geopfert werden fordert, Dr. Christoph Zöpel MdB.

Seite 2

In Sorge um die Hilfsprojekte in Somalia ist Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB.

Seite 2

Auf die Notwendigkeit, schon Jugendliche auf die Gefahr der Verschuldung hinzuweisen, macht Günter Schremp MdL aufmerksam.

Seite 3

Mitbestimmungsrechte für die 48.000 Mitarbeiter der Bayerischen Sparkassen verlangt Dr. Heinz Kaiser MdL.

Seite 4

Vor einer zusätzlichen Belastung seelisch Kranker durch das Psychotherapeutengesetz warnt Horst Schmidbauer MdB.

Seite 6

49. Jahrgang / 40

28. Februar 1994

Geflatter und Gegacker

In der Europapolitik der Union geht es zu wie auf dem Hühnerhof

Von Dr. Klaus Hänach MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

Die Europapolitik der Unionspartner gleicht zunehmend dem Verhaltensmuster auf einem Hühnerhof: Unkoordiniertes Hin und Her, aufgeregtes Geflatter und lautes Gegacker.

Die Absicht, mit einer Verweigerung der Eigenmittelbeschlüsse im März die Zustimmung einiger südeuropäischer Staaten zur Erweiterung der Europäischen Union zu erzwingen, ist geradezu abstrus. Damit kann nur drohen, wer ernsthaft bereit ist, den Beitritt Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens scheitern zu lassen.

Wer den Finanzteil des Edinburger Kompromiß von 1992 in Frage stellt, stellt auch den Erweiterungsteil in Frage. Das verstößt eindeutig gegen die deutschen Interessen.

Der Bundeskanzler und sein Finanzminister, der zugleich Parteichef von Herrn Goppel ist, haben beim Europäischen Rat von Edinburgh im Dezember 1992 dem Kompromiß zur Erhöhung der Finanzbeiträge aller Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zugestimmt. Dabei handelt es sich um eine schrittweise Erhöhung von 1,2 Prozent des Bruttosozialproduktes auf maximal 1,27 Prozent bis 1999.

Diese maßvolle Erhöhung wurde damals zur Weiterentwicklung der Union als notwendig angesehen. Das ist sie auch heute noch.

Die Forderung des Noch-Europaministers Goppel bedeutete, daß die Bundesrepublik Deutschland aus diesem Kompromiß ausstiege. Goppel setzt unseriöse Horrorzahlen in die Welt, die einer ernsthaften Überprüfung auf der Grundlage des Edinburger Beschlusses nicht stand halten.

Mit der Forderung, daß mit den Zahlungen aus den neu beitretenden Staaten keine neuen Programme in den alten Mitgliedstaaten finanziert werden sollen, führt der bayerische Minister einen gewaltigen Luftballon. Schließlich ist das schon Gegenstand des Kompromisses von Edinburgh.

(-/28. Februar 1994/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemalpaar Linings
mit warmen Kalorien
Kochtopf-Papier



Nicht von der Politik des Dialogs abbringen lassen
Der Friedensprozeß im Nahen Osten darf nicht den Extremisten geopfert werden

Von Dr. Christoph Zöpel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums der SPD
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der SPD-Bundestagsfraktion

Die deutsche Sozialdemokratie, wie alle politischen Kräfte auf der Welt, die für den internationalen Frieden engagiert sind, ist tief bestürzt über den Anschlag israelischer Extremisten auf Palästinenser in einer Moschee in Hebron.

Das Ziel dieses Anschlags ist offenkundig. Der Friedensprozeß zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn soll gestört, wenn nicht abgebrochen werden. In dieser Situation ist es die Aufgabe aller beteiligten Regierungen, sich von ihrer notwendigen auf Frieden ausgerichteten Politik nicht abbringen zu lassen.

Der Anschlag lehrt aber für die internationalen Beziehungen etwas, mit dem die Welt leben muß: Extremisten, Terroristen, Verstörte gibt es in jeder Gesellschaft. Derartige Menschen und Gruppierungen sind nicht auf bestimmte Nationen und ethnische Gruppen beschränkt, sie könnten überall auftreten. Aus diesem Grunde gilt es für jede Regierung - für Israelis, Palästinenser und jeden anderen -, Extremisten in ihrem eigenen Lande an Frieden zerstörenden und Menschen verachtenden Aktionen zu hindern, und es ist eine Aufgabe internationaler Solidarität, daß die Regierungen sich dabei gegenseitig helfen.

Diese Tatsache zeigt, wie wenig es nützt, bestimmte Gewalttaten mit einzelnen Nationen oder ethnischen Gruppen in Verbindung zu bringen. Um es deutlich zu sagen, weder Deutschland noch die arabischen Staaten noch Israel noch irgendein anderes Land auf der Welt kann sich davon freisprechen, daß in seiner Gesellschaft Terrorismus und Gewalttätigkeit auftritt. Diese sicherlich schmerzhafteste Erkenntnis ist Grund für eine neue internationale Solidarität für Regierungen, die sich auf den Frieden und die Menschenrechte verpflichtet fühlen und für alle, denen die Zukunft und der Frieden der Welt das notwendig erste politische Anliegen sind.

(-/28. Februar 1994/rs/ks)

In Sorge um die Hilfsprojekte in Somalia
Bonn kann nicht darlegen, wie es in Belet Huen weitergehen soll

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD sorgt sich um den Fortbestand der deutschen Hilfsprojekte in Somalia. Deshalb habe ich die Bundesregierung gefragt, wie sie die Weiterführung der begonnenen Hilfsprojekte sicherstellen will und welche zusätzlichen Maßnahmen sie in Somalia plant, um Ernährungssicherung im Sinne vorbeugender Sicherheitspolitik zu verstärken.

Wie aus den Antworten der Bundesregierung auf meine Fragen hervorgeht, sieht sich diese außerstande darzulegen, wie sie ihre Hilfe nach Abzug der deutschen UNOSOM-Truppen aus Belet Huen fortführen will. Es besteht die Gefahr, daß diese Projekte buchstäblich versanden. Damit wäre das hohe Ansehen Deutschlands in Somalia beschädigt.

Die "Medizinische Versorgung der Bevölkerung, humanitäre Hilfe und Hilfe zum Wiederaufbau" wurden von der Bundesregierung immer wieder als ein wichtiger Teil des deutschen Einsatzes in Somalia herausgestellt, zumal nachdem klar geworden war, daß die deutschen Soldaten ihre eigentliche Aufgabe vor Ort aufgrund der besonderen Umstände nicht erfüllen konnten.

Die Aussagen der Bundesregierung, die als Antwort auf meine Fragen gelten sollen, sind in ihrer Inhaltslosigkeit ein Skandal. "Der Unterstützungsverband hat alle Vorhaben abgeschlossen und den Nutznießern zur Verfügung gestellt", heißt die lapidare Antwort auf die Frage nach Sicherung der humanitären Hilfsleistungen. Es wird vage von der Vorbereitung eines Regionalentwicklungsprogramms gesprochen und auf 1990 eingefrorene Restmittel verwiesen. Auf konkrete Fragen erwarte ich jedoch konkrete Angaben zu Geldmitteln und Projekten.

Wer die Krankenversorgung fortführen wird, unter welchen Bedingungen dies geschehen soll, ob die von den Soldaten begonnenen Projekte ausreichen, ob sie von den "Nutznießern" (wer ist das?) überhaupt unterhalten und weitergeführt werden können - das ist nicht nur für mich als Parlamentarier von Interesse, sondern auch für die deutsche Öffentlichkeit. Immerhin hat der Bundeswehreininsatz Hunderte von Millionen von Steuergeldern verschlungen.

Die Bundesregierung ist jetzt verpflichtet, sich unverzüglich um den Fortbestand der begonnenen Hilfe zu kümmern: die Brunnen dürfen nicht versanden, die Schulen nicht zum Steinbruch werden und das Krankenhaus muß mit medizinischen Instrumenten und Arzneien die Menschen versorgen können.

Es gehört zur Wahrnehmung internationaler Verantwortung der Völkergemeinschaft, die Konsequenzen eigenen Handelns zu berücksichtigen. Wenn die Bundesregierung nicht zur weiteren konkret benannten Unterstützung der Hilfsprojekte in Belet Huen und Umgebung bereit ist, handelt sie verantwortungslos - der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber und dem eigenen Volk, das die Steuergelder dafür zahlt.

(-/28. Februar 1994/rs/fr)

Steigende Verschuldung schon bei Jugendlichen **Die Verbraucher müssen besser geschützt werden**

Von Günter Schrempf MdL
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Die Verschuldungssituation von Privathaushalten in der Bundesrepublik ist in den zurückliegenden Jahren beträchtlich angestiegen, zunehmend mehr Jugendliche geraten bereits in jungen Jahren in den Teufelskreis völliger Überschuldung. Zunehmend stärker führen wachsende Arbeitslosigkeit und stagnierende Realeinkommen zu einer allgemein steigenden Verschuldung und zu erhöhtem Kreditbedarf in der Bundesrepublik.

In einem Antrag an die Stuttgarter Landesregierung haben wir auf diese bedrohliche Entwicklung hingewiesen und verstärkte Anstrengungen zur Aufklärung der Verbraucher gefordert. Insbesondere an den Schulen des Landes müssen im Unterricht Kenntnisse über Fragen des Kredit- und Bankwesens vermittelt werden, um Jugendliche vor überzogenen Risiken aufgrund eigener Unerfahrenheit zu bewahren, und ihnen die Entwicklung zu selbständigen Konsumenten und mündigen Bürgern zu ermöglichen.

Nach Einschätzung des Zentralverbandes des deutschen Pfandkreditgewerbes brachten 1993 rund eine Million Bundesbürger Wertgegenstände in eines der circa 150 Leihhäuser, um zumindest kurzfristig einen finanziellen Engpaß zu überbrücken. Für 1994 wird eine weitere Steigerung erwartet und mit einem Rekorderlös von insgesamt mehr als einer halben Milliarde DM im Pfandkreditgewerbe gerechnet. Das Auftragsvolumen der 550 deutschen Inkasso-Unternehmen soll zwischenzeitlich ein Volumen von vier Milliarden DM umfassen. Diese Zahlen belegen die Schwierigkeiten, in denen viele Bürgerinnen und Bürger aufgrund ihrer Überschuldung stehen, wenn sie sich auf die im Vergleich zu üblichen Bankdarlehen extrem teuren Finanzierungsangebote einlassen müssen, heißt es in dem SPD-Antrag.

Besonderen Anlaß zur Sorge sehen wir in diesem Zusammenhang darin, daß die Schuldner immer jünger werden. An der Spitze der säumigen Schuldner steht nun in Westdeutschland die Altersgruppe der 22- bis 25jährigen Bundesbürger. Die Daten der Inkasso-Firmen belegen, daß jüngere Leute immer häufiger ihr Girokonto überziehen, um trotz relativ geringer Einkommen und dank großzügiger Bankkredite den Kauf von Autos und Einrichtungsgegenständen zu finanzieren. Verbraucherschützer kritisieren in diesem Zusammenhang das Verhalten vieler Banken, die mit ihrem Jugendmarketing weniger das Sparen, sondern vielmehr spontanes Geldausgeben fördern.

Bei der Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen ist heute bereits jeder zehnte Ratsuchende jünger als 20 Jahre. Es ist daher außerordentlich sinnvoll und notwendig, innerhalb der Schulausbildung auch auf diese Problematik einzugehen. Dies ist sehr wohl Aufgabe der Schulen, die beispielsweise im Fach Wirtschaftsurkunde dazu beitragen könnten, zumindest teilweise für viele Jugendliche die negativen Erfahrungen einer hoffnungslosen Überschuldung zu vermeiden. Dies läge nicht nur im Interesse der Jugendlichen, sondern auch ihrer Eltern, die häufig trotz fehlender Zustimmung zur Kontenüberziehung ihrer Kinder, zur Begleichung der Schulden herangezogen würden, obwohl hierfür für sie keine zwangsläufige Haftung bestünde.

(-/28. Februar 1994/rs/ks)

Anachronismus bei Bayerischen Sparkassen beenden **Die 48.000 Mitarbeiter haben ein Recht auf Mitbestimmung**

Von Dr. Heinz Kaiser MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Im Gegensatz zu den anderen - auch den neuen - Bundesländern wird im Freistaat nach wie vor die Mitbestimmung der 48.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 107 bayerischen Sparkassen verhindert. "Dieser Anachronismus muß sein Ende finden", fordern übereinstimmend der Arbeitskreis "Wirtschaft" der bayerischen SPD-Landtagsfraktion und die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG). Bei einem Treffen in München, an dem auch Personalräte verschiedener bayerischer Sparkassen - etwa aus Passau, Deggendorf, Bamberg und Starnberg - teilnahmen, waren wir uns auch darin einig, daß die öffentlich-rechtliche Struktur und das Regionalprinzip der Sparkassen aufrechterhalten werden müssen, weil sie eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen garantieren und einen wesentlichen Beitrag zur Strukturpolitik leisten.

Im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsbranchen verzeichnet der Sparkassen-Sektor mit gegenwärtig rund 48.000 Beschäftigten in den 107 Sparkassen in Bayern noch keinen nennenswerten Stellenabbau. Auch kurzfristig dürfte sich an dieser erfreulich stabilen Situation, die sich weitgehend mit der im Bankensektor deckt, nur wenig ändern, wenngleich es bei den einzelnen Sparkassen dennoch große Personalbewegungen gibt, die innerbetriebliche, örtliche, qualifikations- oder tätigkeitsbezogene Ursachen haben. Anders zu beurteilen ist die Situation dagegen für die nächsten zwei bis drei Jahre, in denen sich durch abzeichnende Konzentrationsprozesse, durch Produktivitätsbemühungen ("lean banking") und durch die Auswirkungen von Regelungen der Europäischen Union Personalkürzungen abzeichnen und personalintensivere Betriebsstrukturen ergeben können.

Insbesondere für viele Frauen - sie stellen teilweise einen Anteil von 55 bis 60 Prozent an den Beschäftigten der Sparkassen - können sich verstärkt Arbeitsplatzprobleme ergeben. Der bisher durch betriebliche Fluktuation bei einigen Sparkassen latent vollzogene Personalabbau wird in Zukunft seine Ausgleichsfunktion verlieren. Neben den zunehmenden Risiken für ihre Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten bestehen für die Frauen auch in Bezug auf ihre beruflichen Chancen noch viele karrierespezifische Hindernisse.

Trotz der gesamtwirtschaftlichen schlechten Lage besitzen die Sparkassen relativ günstige Eigenkapitalstrukturen und Ertragsergebnisse - bei einem Marktanteil von mittlerweile 50 bis 55 Prozent für Finanzdienstleistungen.

Als "anachronistisch" bezeichnen wir den Zustand, daß in Bayern - im Gegensatz zu den anderen, auch den neuen Bundesländern - weiterhin eine Mitbestimmung der Mitarbeiter in den Verwaltungsräten verhindert wird. Es drängt sich der Verdacht auf, daß von einzelnen Organen der Sparkassen und vor allem von den politisch Verantwortlichen in der Bayerischen Staatsregierung die geschäftlichen Gestaltungsfähigkeiten der Mitarbeiter geringgeschätzt werden.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wird weiterhin parlamentarisch darauf drängen, daß die Mitbestimmung auch in Bayern erreicht wird. Mit der DAG stimmen wir darin überein: "Erst mit einer gewährleistetesten Selbstvertretung der Arbeitnehmer könnten die Umstrukturierungen im Sparkassenwesen auch unter verstärkter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer und schließlich der Kunden besser bewältigt werden."

Die SPD-Abgeordneten sind mit den Vertretern der Sparkassen sowie der DAG einig, daß die öffentlich-rechtliche Struktur der Sparkassen erhalten und daß am Regionalprinzip festgehalten werden muß. Die öffentlich-rechtliche Rechtsform und das Regionalprinzip bieten die Garantie für eine flächendeckende Versorgung mit Finanzdienstleistungen und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Strukturpolitik - besonders für produktive und kreative Klein- und Mittelbetriebe in vielen ländlichen Räumen Bayerns.

Nicht nur die Banken, sondern auch die Sparkassen müssen ihre Geschäftsbereiche immer mehr auf das "Allfinanzgeschäft" ausweiten. Deshalb sind Verbundgeschäfte für die Weiterentwicklung der Institute von großer Bedeutung: Ein Engagement der Sparkassen bei der anstehenden Trennung der Geschäftsbereiche innerhalb der Bayerischen Versicherungskammer ist deshalb zu begrüßen.

(-/28. Februar 1994/rs/ks)

**Seelisch Kranke werden zusätzlich belastet
Das Psychotherapeutengesetz richtet sich außerdem gegen die Ärzte**

**Von Horst Schmidbauer MdB
Stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Das Psychotherapeutengesetz wird an der Selbstbeteiligungsideologie der Koalition scheitern. 25 Prozent Selbstbeteiligung ausgerechnet bei der sozial benachteiligten Gruppe der psychisch Kranken. Das ist mit der SPD nicht zu machen.

Und mit dieser sozialpolitischen Untat soll die größere erst vorbereitet werden. Denn hier wollen CDU und FDP das Einfallstor für die generelle Aufweichung des Leistungsprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung öffnen.

Im Bundestag konnte die Koalition ihren Entwurf im Eilverfahren durchziehen, der Bundesrat wird es aufhalten. Aufhalten müssen, um Schaden zu verhindern.

Leidtragende der Regierungspolitik sind jedoch schon jetzt die psychisch Kranken, aber auch die Therapeuten, die seit 15 Jahren auf ein Psychotherapeutengesetz warten.

Nur deswegen war die SPD kompromißbereit bis zum Schluß, um das Gesetz nicht scheitern zu lassen.

Sie hat der Koalition goldene Brücken gebaut, hat über den Bundesrat konstruktiv mitgewirkt. Das führte zu substantiellen Veränderungen im berufsrechtlichen Teil, so daß die SPD hier zustimmen konnte.

Im sozialrechtlichen Teil bekam die Koalition kalte Füße, so kalt, daß sie festfroren und unbeweglich wurde und unsere Vorschläge abmeierte.

Engagement und Kompromißbereitschaft der SPD wurden überstrapaziert.

Die SPD konnte nicht anders, als diesen Entwurf abzulehnen, vor allem wegen der Selbstbeteiligung, aber auch wegen der von der Regierung geplanten Budgetierung.

Die Budgetierung bedeutete zwei gleichermaßen schlechte Alternativen: Entweder tiefe Einschnitte bei der Versorgung oder eine Halbierung bei der Honorierung.

Die Chance, zusammen mit der SPD die Unterversorgung und die Zwei-Klassen-Struktur in der Psychotherapie zu überwinden, hat die Koalition leichtfertig vertan.

Und statt endlich die notwendige gleichberechtigte Ebene zwischen Psychotherapeuten und Ärzten zu schaffen, blieb man auf halbem Weg stehen: im berufsrechtlichen Teil zog die Koalition mit, im sozialrechtlichen Teil wiederum nicht.

Die Betroffenen sollten sich mit der Einsicht in die "Einmaligkeit" des Gesetzes trösten: Es ist einmalig, heute im Eilverfahren ein Gesetz zu beschließen, das erst 1996, also in zwei Jahren in Kraft treten soll.

Mit anderen Mehrheitsverhältnissen im Herbst 1994 schaffen wir das längst überfällige Gesetz bereits 1995, also ein Jahr früher.

(-/28. Februar 1994/rs/ks)
